Galerie Agora,
Rue du Marché aux Herbes 105, Bte 11
B-1000 Brussels
Telephone +32 2 285 46 60
Fax +32 2 280 08 17
Email: etf@etf-europe.org
www.etf-europe.org

European Transport Workers' Federation
Fédération Européenne des Travailleurs des Transports
Europäische Transportarbeiter-Föderation
Federación Europea de los Trabajadores del Transporte

ETF-Straßentransport

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation

Wiener Erklärung

Für ein Mobilitätspaket zur Förderung

Von Fairem Transport,

Straßenverkehrssicherheit, Wohlergehen der Fahrer und lauterem Wettbewerb

Die ETF vertritt mehr als 5 Millionen Transportarbeiter aus über 230 Transportgewerkschaften und 41 europäischen Ländern in den folgenden Sektoren: Eisenbahn, Straßentransport und Logistik, Seeverkehr, Binnenschifffahrt, zivile Luftfahrt, Häfen & Docks, Tourismus und Fischerei.

1. Ein halbes Jahr vor den Europawahlen 2019 brauchen mehr als 2 Millionen Berufskraftfahrer und europäische Wähler den Beweis, dass Europa sich um sie kümmert, dass sie respektiert und gehört werden. Sie brauchen klare Signale, dass es einen politischen Willen gibt, die Qualität ihrer Arbeitsplätze und ihres Lebens zu verbessern, ihrer Müdigkeit, ihrer schlechten Work-Life-Balance und ihrem schlechten Lohn ein Ende zu setzen.

2. Im September 2018 enthüllte Investigate Europe fundierte Erkenntnisse über die Ausbeutung von Fahrern durch Speditionen, die einen der profitabelsten Wirtschaftszweige Europas, die Automobilhersteller, bedienen. Während letztere den Gewinn einstreichen und ihr Geschäft als „ethisch" bezeichnen, verschließen sie die Augen vor Millionen von Lkw-Fahrern, die ein mehr als dürftiges Dasein auf europäischen Straßen fristen, um die EU-Wirtschaft in Gang zu halten.

3. Der Straßenverkehr ist billig, weil immer mehr Transportarbeiter über illegale Systeme beschäftigt und nach Herkunftslandlöhnen bezahlt werden, während sie in EU-Ländern mit deutlich höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen arbeiten. Sie sind ständig gezwungen, länger als gesetzlich erlaubt zu fahren, und kämpfen gegen die Übermüdung an. Zudem verbringen sie Monate weit weg von ihren Familien in ihren Fahrzeugen ohne Zugang zu grundlegenden Lebensbedingungen wie Sanitäranlagen und warmen Mahlzeiten.

4. Ausnutzung von Arbeitskräften und Betrug sind im Straßenverkehr enorm. Die Ursache dafür sind unklare EU-Vorschriften und eine schwache rechtliche Durchsetzung. Am 31. Mai 2017 leitete die Europäische Kommission eine umfassende Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften für diesen Sektor ein, das so genannte „Mobilitätspaket", um gegen unlauteren Wettbewerb und illegale Arbeitspraktiken vorzugehen.

5. Im Mittelpunkt dieses Überarbeitungsprozesses stehen weiterhin Änderungen der Lenk- und Ruhezeiten für Bus-, Reisebus- und Lkw-Fahrer sowie neue Vorschriften für die Anwendung des gleichen Entgelts auf mobiles Personal im Straßenverkehr. Mit anderen Worten, die EU-Institutionen entscheiden jetzt über Gesetze, die sich noch jahrzehntelang auf die Löhne, den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen von über zwei Millionen EU-Bürgern auswirken werden, die in ganz Europa Güter und Personen befördern.

6. In diesem Zusammenhang ist diese von der ETF und ihren Mitgliedsorganisationen am 30. und 31. Oktober 2018 in Wien angenommene Erklärung, die parallel zur informellen Sitzung des Rates der Verkehrsminister erfolgt, ein Appell an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten, zur Verabschiedung eines Mobilitätspaketes, das zum einen unmissverständliche, durchsetzbare und wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Missbrauch sowie zur Förderung der Straßenverkehrssicherheit umfasst, und andererseits dafür sorgt, dass ein Klima der Rechtskonformität und des lauteren Wettbewerbs zwischen den Straßenverkehrsunternehmen wiederhergestellt wird.

7. Vor den bevorstehenden Europawahlen fordern die ETF und jene Mitgliedsorganisationen, die Bus-, Reisebus- und Güterverkehrs-Fahrer – Lkw und Lieferwagen gleichermaßen – einen greifbaren Beweis dafür, dass es ein soziales Europa gibt, für das man stimmen kann! Wir alle brauchen deutliche Zusagen und eingehaltene Versprechen.

8. Die anstehenden Entscheidungen der EU-Institutionen über das Mobilitätspaket werden in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein und von Berufskraftfahrern und Bürgern mit Interesse verfolgt werden. Zu diesem Zweck werden die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen diesen Prozess offenlegen, indem sie Fahrer, Fahrgäste, Verkehrsteilnehmer und die breite Öffentlichkeit von dem in Kenntnis setzen, was auf dem Spiel steht.

9. Daher rufen wir die politisch Verantwortlichen der EU dazu auf:

   a) Deutlich zu machen, dass sie sich um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen von Fahrern kümmern und gemäß der aktuellen EU-Vorschriften sowie unterstützt durch das EuGh-Urteil vom 22. Dezember 2017 ein vollständiges Verbot des Verbringens der normalen wöchentlichen Ruhezeit im Fahrzeug verabschieden. Parallel dazu sollte eine Reihe verbindlicher Ruhezeitbedingungen für Berufskraftfahrer verabschiedet werden.

   b) Die aktuellen Regeln vollständig anzuerkennen und sicherstellen, dass die tägliche und die reduzierte wöchentliche Ruhezeit im Fahrzeug verbracht werden können, vorausgesetzt der Fahrer entscheidet sich aus freien Stücken dazu. Die zuständigen Kontrollagenturen in ganz Europa müssen die adäquate Durchsetzung obiger Aspekte gewährleisten.

   c) Deutlich zu machen, dass sie sich um die Lebensqualität von Millionen von Kraftfahrern kümmern, und insbesondere um internationale Kraftfahrer, die Europa in Bewegung halten, und Maßnahmen ergreifen, um deren Rückkehr in ihr Heimatland mindestens alle drei Wochen zu gewährleisten.

   d) Deutlich zu machen, dass sie sich um die Sicherheit von Fahrern, Fahrgästen und Verkehrsteilnehmern kümmern und somit keine weitere Flexibilität bei den Lenk- und Ruhezeiten zulassen. Diesbezüglich betonen wir, dass die aktuellen Vorschriften dahingehend bereits unzureichend sind. Die Verkürzung der Ruhezeiten und die Verlängerung der Lenkzeiten - derzeit eine der Maßnahmen, die von den EU-Institutionen im Rahmen des Mobilitätspakets geprüft werden - wird die Arbeitsplatzqualität von Millionen von Berufskraftfahrern nur verschlechtern und zu einem steigenden Risiko von Verkehrsunfällen und Todesfällen führen. Und das mit dem alleinigen Ziel der Steigerung von Profit und Produktivität, was wir nicht akzeptieren können. Übermüdung tötet!

   e) Klare und durchsetzbare Regeln für die Löhne der im Ausland arbeitenden Fahrer zu verabschieden. Ausnahmen von den Entsendungsvorschriften im Straßenverkehr müssen auf solche Situationen beschränkt werden, in denen es keinen lohnbezogenen Wettbewerb zwischen lokalen und ausländischen Fahrern gibt. Ausnahmen müssen leicht durchzusetzen und zu kontrollieren, aufzudecken und zu sanktionieren sein. Klare und durchsetzbare Entsendungsvorschriften für Berufskraftfahrer werden als Beweis dafür dienen, dass sich die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten wirklich für die Beseitigung der Lohndiskriminierung aufgrund der Nationalität des Fahrers im Straßenverkehr einsetzen.

   f) Zu diesem Zweck unterstützt die ETF bezüglich der Anwendung der Arbeitnehmer-Entsenderegeln auf den Straßentransport vollständig das dänische Modell[1] in all seinen Bestandteilen und ohne Abänderungen.

[1] Weitere Einzelheiten finden sich im ETF-Positionspapier zum Mobilitätspaket.

g) Entschlossenheit bei der Beseitigung von Briefkastenfirmen und deren sozial missbräuchlichen Praktiken in unserer Branche zu zeigen. Zu diesem Zweck unterstützen wir uneingeschränkt die regelmäßige Rückkehr des Fahrzeugs – mindestens alle drei Wochen – in das Land, in dem das Transportunternehmen seinen Sitz hat. Bei der Rückkehr oder beim Verlassen dieses Landes muss das Fahrzeug beladen sein und an einer internationalen Beförderung teilnehmen.

h) Durchsetzbare Regeln zu erlassen, mit denen gewährleistet wird, dass Kabotage eine vorübergehende Tätigkeit für Bus-, Reisebus- und Güterkraftverkehr zur ausschließlichen Vermeidung von Leerfahrten ist, und keine ständige, auf Marktverzerrungen abzielende Tätigkeit. Zu diesem Zweck muss die Kabotage von kurzer Dauer sein, auf dem Weg zurück in das Niederlassungsland des Unternehmers durchgeführt werden, gefolgt von einer erheblichen Abkühlungsphase. Mit der Annahme solcher Maßnahmen bekräftigen die EU-Institutionen ihr Engagement für einen lauteren Wettbewerb zwischen den Unternehmern und nicht für eine Ausnutzung der Lohnunterschiede in der EU.

i) Deutlich zu machen, dass sie sich darum bemühen, den Straßenverkehr zu einem besseren und gerechteren Sektor zu machen, indem sie die Durchsetzung in diesem Sektor verstärken. Dies bedeutet kurz gesagt: a) die Umstellung von papierbasierten auf digitale Beweise und Unterlagen; b) die Förderung von Straßen- und Unternehmenskontrollen mit gleichen Anteilen und Zuständigkeiten, da beide eine Schlüsselrolle bei der grenzüberschreitenden Durchsetzung spielen; c) die sofortige Einführung des intelligenten Fahrtenschreibers der neusten Generation für alle im EU-Binnenmarkt tätigen Fahrzeuge.

j) Volles Engagement hinsichtlich der Gewährleistung des Rechts auf Sozialschutz für jeden Bus-, Reisebus- und Lkw-Fahrer zu zeigen, indem sichergestellt wird, dass jeder mobile Arbeitnehmer in diesem Sektor Teil des Sozialversicherungssystems des Mitgliedstaats ist, in dem er seinen gewöhnlichen Arbeitsplatz hat. Zu diesem Zweck wird die Einführung eines Systems, bei dem jedem Fahrer eine EU-Sozialversicherungsnummer zugewiesen wird, eine Garantie für einen uneingeschränkten Zugang zu Hilfen und Leistungen sein und grenzüberschreitende Kontrollen sowie Betrugserkennung erleichtern.

Europa braucht Fairen Transport. Es benötigt sichere und gut ausgeruhte Kraftfahrer, sicheren Transport für Güter und Fahrgäste sowie sichere Straßen für alle Verkehrsteilnehmer. Die Berufskraftfahrer müssen auf ein Europa vertrauen können, das sozialverantwortlich ist. Daher rufen wir die politisch Verantwortlichen der EU auf, in den kommenden Monaten in Bezug auf das Mobilitätspaket die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Wien, 31. Oktober 2018